

EUROPA

## Ganz viel Urlaub

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bemüht sich im Streit mit den süd-europäischen EU-Partnern um Schadensbegrenzung. Nachdem sie Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal ermahnt hatte, mehr und länger zu arbeiten, fordert sie nun auch von ihren Landsleuten mehr Einsatz. „Die Bundeskanzlerin hat immer betont, dass alle in Europa Anstrengungen machen müssen, um leistungsfähiger, im globalen Maßstab wettbewerbsfähiger zu werden – auch wir in Deutschland“, sagt Regierungssprecher Steffen Seibert. Im Zuge der Euro-Krise hatte Merkel die vermeintlich zu hohe Zahl an Urlaubstagen in einigen südlichen EU-Staaten kritisiert: „Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig. Das geht auf Dauer auch nicht zusammen.“

### Urlaubstage und Feiertage im Vergleich

	durchschnittlich bezahlte Urlaubstage 2009	Feiertage (in Deutschland regional unterschiedlich)	
Deutschland	30	10,5	40,5
Italien	28	11	39
Spanien	22	14	36
Portugal	22	13	35
Griechenland	23	10	33

Quelle: EIRO

RICK WILKING / REUTERS



Server-Raum der US-Armee in Colorado Springs

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

## Mehr Schutz vor Cyber-Attacken

Die Nato erhöht den Druck auf ihre Mitgliedstaaten, aktiver gegen Angriffe aus dem Internet vorzugehen. In einer von Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verteilten internen „Nato-Planung für Cyber-Verteidigung“ heißt es, die jeweiligen Länder müssten „angemessene Verteidigungsmaßnahmen entwickeln“, um potentielle Angreifer mit „robusten“ Methoden möglichst schon im Vorfeld einer drohenden Attacke zu behindern. Die größte Gefahr im Internet gehe nicht von Kriminellen oder Terroristen aus, sondern von anderen Staaten. In dem Konzept kündigt die Nato auch an, einen Katalog für „internationale Verhaltensnormen im Cyberspace“ zu entwickeln, anhand dessen Vorfälle bewertet werden sollen. Wann ein Angriff aus dem Internet den Bündnisfall auslöse, müsse im Einzelfall

geraten. Zum umstrittenen Schichtwechsel (SPIEGEL Nr. 20/2011) der Polizei während des Love-Parade-Einsatzes sagte Jäger, es habe „weder in tatsächlicher noch rechtlicher Hinsicht Anhaltspunkte für eine dienstpflicht-beziehungsweise sorgfaltswidrige Ablösung der Polizeikräfte“ gegeben. Der Minister gab an, diese Passage aus einem Bericht der Staatsanwaltschaft Duisburg vom 17. Januar 2011 zu zitieren. Der Satz jedoch, der nach Jägers Ansicht die Polizei entlaste, steht nicht in diesem Papier. Stattdessen findet er sich in einem internen Bericht des Düsseldorfer Justizministeriums an Jäger vom 18. Mai. Mit diesem Papier, das eine eilig eingeholte Stellungnahme der Duisburger Staatsanwaltschaft wiedergibt, hatte sich der Innenminister für die Aktuelle Stunde präpariert.

DER SPIEGEL

LOVE PARADE

## Britischer Aufklärer

Ein britischer Experte soll aufklären, wie es bei der Duisburger Love Parade zu dem tödlichen Gedränge kommen konnte, in dem am 24. Juli vergangenen Jahres 21 Personen starben und Hunderte verletzt wurden. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat den an der Buckinghamshire New University lehrenden Professor für Massendynamik und Massenmanagement Keith Still beauftragt, ein Gutachten zur „Ursache der Menschenverdichtung“ bei der Raverparty zu erstellen. Still gilt weltweit als ausgewiesener Fachmann. Deutsch spricht er allerdings nicht. Für die Expertise benötigte Papiere wie etwa das Sicherheitskonzept der Love Parade liegen ihm bereits in

Übersetzung vor. Deswegen rechnen die Staatsanwälte nicht mit einer Verzögerung ihrer Ermittlungen. Still müsse vor allem Videoaufnahmen auswerten, die aus verschiedenen Perspektiven den Zuschauerstrom dokumentierten. Sein Gutachten werde noch in diesem Jahr fertiggestellt. Unterdessen könnte Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit einer Äußerung in der Aktuelle Stunde des Landtags am vergangenen Donnerstag in Erklärungsnot

geraten. Zum umstrittenen Schichtwechsel (SPIEGEL Nr. 20/2011) der Polizei während des Love-Parade-Einsatzes sagte Jäger, es habe „weder in tatsächlicher noch rechtlicher Hinsicht Anhaltspunkte für eine dienstpflicht-beziehungsweise sorgfaltswidrige Ablösung der Polizeikräfte“ gegeben. Der Minister gab an, diese Passage aus einem Bericht der Staatsanwaltschaft Duisburg vom 17. Januar 2011 zu zitieren. Der Satz jedoch, der nach Jägers



Gedenkkreuze in Duisburg

JAKOB STUDDIAR / DAPD / DDP IMAGES